

## **Haushaltsrede am 22.03.2021 - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der diesjährige Haushaltsplan weist erneut einen beachtlichen Überschuss in Höhe von 9,2 Millionen Euro aus. Und auch ohne die außerordentlichen Erträge zur Isolierung der Covid-19-Folgen bliebe unserer Stadt noch ein solider Überschuss in Höhe von 3,7 Millionen Euro. Wenn die Planungen eintreffen, wäre das bereits der 7. Haushalt in Folge mit einem deutlichen Plus in Millionenhöhe. Das städtische Eigenkapital ist seit 2018 wieder im positiven Bereich und steigt seitdem von Jahr zu Jahr. In den vergangenen sechs Jahren konnte die städtische Verschuldung mehr als halbiert werden. Die Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen läuft für unsere Stadt Porta Westfalica zum 31.12.2021 aus.

Wir haben seit 2012 viel erreicht und der städtische Haushalt steht jetzt deutlich besser da. Die kontinuierlichen Gewinne zeigen, dass wir der Schuldenfalle entkommen sind und das strukturelle Defizit hinter uns gelassen haben. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Umsatz- und Gewinneinbrüche bei Unternehmen werden sicherlich Spuren hinterlassen. Das wird aber nichts daran ändern, dass unsere Stadtfinanzen keine bedeutenden Strukturprobleme aufweisen und viele Ökonomen rechnen bereits mit dem nächsten Wirtschaftsaufschwung, wenn ausreichend Menschen geimpft sind und die Geschäfte wieder öffnen.

Meine Damen und Herren, seit mehr als zehn Jahren ist die Haushaltssanierung nun das vorherrschende Thema in der Portaner Kommunalpolitik und ein wichtiges Handlungsmotiv für viele Ratsmitglieder. Viele andere Themen wurden hierdurch in den Hintergrund gerückt oder zuletzt nur noch als Haushaltssanierungsmaßnahme gesehen. Es gab auch zahlreiche Einschnitte für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Das kann nicht auf immer und ewig so weitergehen!

Wir von Bündnis 90/Die Grünen wollen den stabilen Haushalt auch in Zukunft nicht aus den Augen verlieren. Aber, auch wenn es viele hier im HFA noch nicht wahrhaben wollen, wir müssen jetzt auch eine Zeitenwende einleiten. Alles hat seine Zeit und nun gilt es, dass wir uns auf die großen Herausforderungen der nächsten Jahre konzentrieren und nicht nur die Politik von gestern und vorgestern fortführen. Denn mit einer rückwärtsgewandten Politik können wir die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern!

Wir von Bündnis 90/Die Grünen sehen große Herausforderungen für die Portaner Haushaltspolitik, die deutlich wichtiger und erfolgsversprechender sind als die bloße Fortführung eines kompromisslosen Sparkurses.

Wir müssen jetzt die notwendigen Investitionen für die nächsten 10 – 20 Jahre anstoßen. Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz sind die großen Herausforderungen unserer Zeit. Wenn wir jetzt nicht ins Handeln kommen, werden wir die Zukunft verschlafen und unsere Stadt wird in 10 Jahren deutlich schlechter dastehen als heute. Die Portaner Politik hatte zu Beginn der neuen Ratsperiode vorgelegt und neben dem bereits bestehenden Schulsanierungsprogramm auch beschlossen, die Themen Digitalisierung und Klimaschutz stärker voranzubringen und durch einen eigenen Ausschuss zu stärken.

So weit, so gut. Taten sind aber viel wichtiger als schöne Worte, meine anwesenden Damen und Herren. Sehr enttäuscht sind wir Grünen über den halbherzigen Kurs, den die Fraktionen von CDU und SPD im Haupt- und Finanzausschuss inzwischen eingeschlagen haben. Wie viele Sitzungen und Diskussionen waren notwendig, bis die SPD-Fraktion sich endlich dazu durchringen konnte, die neue Stelle für den Bereich Online-Redaktion und Social Media zu genehmigen? Noch schwieriger waren die Diskussionen, als es um die Übertragung des Klimaschutzbudgets aus 2020 ging. Wie viele Runden mussten wir aufgrund des Gegenhaltens der SPD erst drehen? Augenscheinlich ist Klimaschutz für die Portaner SPD nur ein Lippenbekenntnis, dabei entscheidet sich hier unsere Zukunft wie bei keinem anderen Thema. Denn die Auswirkungen der Klimakrise werden die Menschheit noch viel extremer treffen als die aktuelle Corona-Pandemie.

Die CDU-Fraktion im HFA hat gemeinsam mit der SPD die Stelle des dringend benötigten Mitarbeiters für die Abwicklung von Klimaschutzmaßnahmen unter Vorbehalt gestellt und somit die Umsetzung der Maßnahmen schwer belastet. Ob der Techniker noch kommt und die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen gelingt, ist somit mehr als fraglich. Umso mehrwürdiger ist dies, weil die CDU-Mitglieder im Ausschuss für Digitalisierung und Klimaschutz noch vehement für diese neue Stelle eingetreten sind.

Wenn die Fraktionen von CDU und SPD weiterhin mit einem Fuß auf dem Gaspedal und mit dem anderen auf der Bremse stehen, bedeutet dies Stillstand für unsere Stadt in jeglicher Hinsicht. Ich kann nur im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger hoffen, dass sie nicht vorhaben, ihren Blockadekurs die gesamte Ratsperiode über durchzuhalten. Dann sähe es nämlich sehr schlecht aus für unsere Stadt. Sie wollen ein bisschen „Opposition“ und ein bisschen „Regierung“ sein, aber so funktioniert es einfach nicht!

Mit Besorgnis schauen wir inzwischen auch auf die Situation unserer Stadtverwaltung. Der Sparkurs unserer Stadt hat nämlich nicht nur die Bürgerinnen und Bürger hart getroffen, sondern

auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung. Seit 2012 wurden rund 45 Stellen abgebaut und damit der Personalbestand um fast 15 % verringert. Inzwischen wird immer stärker sichtbar, dass die primär auf Basis von Analysen und Kennzahlen der Gemeindeprüfungsanstalt durchgeführte Stellenreduktion auch deutliche Spuren bei den Mitarbeitenden hinterlassen hat.

Es ist offensichtlich, dass zumindest in einigen Bereichen der Stadtverwaltung an allen Ecken und Enden das Personal fehlt: Es häufen sich die Überstunden, Fluktuation und Krankenstand steigen und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirken erschöpft. Zudem klagen Bürger z. B. über eine schlechte Erreichbarkeit und es können gleich eine Reihe wichtiger Maßnahmen und Beschlüsse – ich erinnere nur an das Klimaschutzbudget – mangels Personals nicht umgesetzt werden.

Hinzu kommen zusätzliche Aufgaben, die die Politik der Verwaltung in Form neuer Ausschüsse und Arbeitsgebiete auferlegt hat. Auch hierfür müsste ein personeller Ausgleich geschaffen werden! Oder es werden seitens der Politik eine Vielzahl neuer Prüfaufträge erteilt, deren Sinn ich zuletzt einige Male nicht nachvollziehen konnte, und neue Prestigeprojekte in Auftrag gegeben.

Spielplätze für unsere Kinder waren über Jahre hinweg ein Sparobjekt des Rates, was ich immer für falsch gehalten habe. Für eine im Wahlkampf versprochene Skateanlage scheint hingegen ein Preis zu hoch zu sein. Aber Hauptsache, so meinen es CDU und SPD, die Jugendlichen sind weit weg von jeglicher Wohnbebauung, ihr Krach könnte ja stören.

Ja wie kann es denn überhaupt sein, dass hier Fraktionen beklagen, die Liste der städtischen Investitionen sei deutlich zu lang, und im gleichen Atemzug werden neue Prestigeprojekte in die Investitionsplanung gegeben, um die Lokalfürsten vor Ort zufriedenzustellen? Und für externe Gutachten und Analysen haben CDU, SPD und FDP immer Geld übrig, wie die letzten Anträge zeigen. Aber wenn es um die Unterstützung der städtischen Mitarbeiter geht, wird gleich mit dem großen Steuerhammer gedroht. Muss man das verstehen?

Das alles beunruhigt mich zutiefst und hier müssen wir zwingend gegensteuern. Denn eine gut aufgestellte Stadtverwaltung mit qualifizierten und zufriedenen Mitarbeitern ist das Rückgrat einer lebenswerten Stadt und ein strategischer Standortfaktor für die lokale Wirtschaft. Der Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter steht gerade erst am Beginn, der Fachkräftemangel und die demographische Entwicklung werden hier in einigen Jahren für viele Engpässe sorgen. Wenn wir jetzt den Hebel nicht umlegen und die städtischen Mitarbeiter nicht baldmöglichst in eine bessere Situation bringen, werden weiter Mitarbeiter abwandern und wir verlieren den Kampf um gutes Personal mit schwerwiegenden Folgen für die Zukunft unserer Stadtverwaltung.

Aber was geschieht hier gerade? Unsere Bürgermeisterin und die Verwaltungsspitze führen der Politik auf, an welchen Stellen der Personalbedarf besonders groß ist. Sie machen einzelne Vorschläge für kleine Stellschrauben im Personaltableau, die einen wichtigen Beitrag zur zukunftsorientierten Aufstellung der Stadtverwaltung leisten würden. Und was machen die Fraktionen von CDU, SPD und FDP? Die SPD stellt einen Antrag, der deutlich als Misstrauensvotum gegen die Stadtverwaltung zu erkennen ist: Ein Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt soll die Notwendigkeit dieser Stellen untersuchen und das Ergebnis der Politik vorstellen. Darüber hinaus ist auch die IT zu untersuchen, denn Digitalisierung geht für die SPD wohl auch ohne Personal. Und anstelle der Stadtverwaltung sollen die Stadtwerke zukünftig die Klimaschutzmaßnahmen aus schreiben. Und das, obwohl noch nicht einmal die rechtliche Situation einer solchen Konstellation geklärt ist, welche erst wenige Tage zuvor als Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben wurde. Und die Fraktionen von CDU und FDP unterstützen diesen Antrag auch noch und zeigen damit der Stadtverwaltung die rote Karte!

Warum vertrauen die führenden Köpfe einiger Fraktionen hier externen Beratern mehr als der internen Führungsmannschaft? Warum soll die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) wichtige organisatorische Entscheidungen treffen, die eigentlich der Entscheidungshoheit der Bürgermeisterin unterliegen? Für uns von Bündnis 90/Die Grünen ist das absolut inakzeptabel und ein Weg in die falsche Richtung.

Was wir jetzt ganz gewiss nicht brauchen sind kennzahlenorientierte externe Berater ohne Einblick in das tagtäglichen Verwaltungsgeschehen. Der Berater der GPA hatte in der Vergangenheit seine Verdienste, aber die aktuelle Zeit stellt uns vor neue Herausforderungen. Was wir jetzt brauchen ist vielmehr eine Führungsmannschaft, welche durch Fachkompetenz, Erfahrung, Empathie und gesunden Menschenverstand die notwendigen Maßnahmen einleiten kann. Das Führungsteam der Stadtverwaltung hat dabei das volle Vertrauen meiner Fraktion! Die Honorare durch externe Gutachter und vor allem die zeitlichen Verzögerungen bei der Stellenbesetzung können und wollen wir uns nicht erlauben!

Die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW hat gerade einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der alle Kommunen zu einem Klima-„Check“ per Gesetz verpflichten soll. Bei allen politischen Entscheidungen und Planungsvorhaben müssten dann die Auswirkungen auf den Klimawandel zwingend mitberücksichtigt werden. Vorausschauend wäre es gewesen, wenn die Fraktionen von CDU, SPD und FDP auch in Porta Westfalica so viel Weitsicht bewiesen und den Weg für die neue Klimaschutzstelle freigegeben hätten. Wenn erst alle Kommunen beginnen, hierfür ihr Personal aufzustocken, wird es für uns Portaner sicherlich eng.

Meine Herren der CDU hier im Ausschuss, knapp 69 Prozent der Portaner Wählerinnen und Wähler haben am 27.09. vergangenen Jahres Ihrer Bürgermeisterkandidatin Frau Dr. Sonja Gerlach das Vertrauen geschenkt. Und das sicherlich auch, weil die Wählerinnen und Wähler Veränderungen wollten und sich diese von der CDU erhofft haben. Und was machen Sie? Sie machen gemeinsame Sache mit der SPD-Fraktion, welche bei der Kommunalwahl um rund 18 Prozentpunkte geradezu abgestürzt ist. Nur durch Ihren Beistand kann die SPD weiter die Richtung im Portaner Stadtrat vorgeben und ihre Politik der vergangenen Jahre fortsetzen! Zählt denn für Sie der Wille der Wählerinnen und Wähler nicht mehr? Sieht so ein Aufbruch aus?

Ebenfalls nicht gut scheint es bei CDU, SPD und FDP um demokratische Prinzipien zu stehen. Wir von Bündnis 90/Die Grünen waren fassungslos, als trotz des Beratungsbedarfs mehrerer Fraktionen die Politiker von CDU, SPD und FDP in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gleich mehrere Anträge beschlossen haben, von welchen die anderen Fraktionen erst unmittelbar vor Sitzungsbeginn Kenntnis erlangt haben. Noch vor einigen Wochen gab es ebenfalls im HFA ein Riesentheater, weil die SPD die Nichteinhaltung einer 48-Stunden-Frist für die Zusendung einer Dringlichkeitsvorlage bemängelt hat. Und nun legen uns ausgerechnet SPD und CDU in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen kurz vor Sitzungsbeginn neue Anträge vor und erzwingen dann eine Abstimmung entgegen aller demokratischer Prinzipien und Traditionen. Und das selbst bei Anträgen, die nicht haushaltsrelevant und damit auch nicht zeitkritisch sind. Das halte ich für mehr als bedenklich.

Ich fasse zum Schluss unserer Haushaltsrede noch einmal zusammen:

1. Wir von Bündnis 90/Die Grünen wollen nicht weniger, wir wollen mehr! Wir wollen mehr Klimaschutz, mehr strategisches Handeln anstelle von Spontanentscheidungen, mehr zukunftsorientierte Investitionen und mehr Rückhalt für unsere Stadtverwaltung.
2. Die Verwaltungsspitze hat uns einen Haushaltsplan mit Stellenplan vorgelegt, den wir für gut und ausgewogen halten und dem wir gerne mit voller Überzeugung zugestimmt hätten.
3. Durch die Eingriffe von CDU, SPD und FDP wurde der Stellenplan verwässert. Wichtige Stellen mit strategischer Bedeutung wie die des Klimaschutz-Realisierers oder des Stadtplaners wurden unter Vorbehalt gestellt und sind damit mehr als fraglich.
4. Damit ist nicht nur die Stadtverwaltung in wesentlichen Bereichen, die für die zukünftige Ausrichtung unserer Stadt stehen sollten, stark eingeschränkt. Auch der Haushalt wird belastet, da die Reduktion von externen Gutachten und die Energiesparmaßnahmen nicht wie geplant umgesetzt werden können.

5. Somit werden wir in diesem Jahr dem Haushalt nicht zustimmen können! Ich bedauere das sehr und wiederhole noch einmal, dass sich dies keinesfalls gegen unsere Stadtverwaltung richtet, sondern gegen die mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP erzwungenen Verschlimmerungen und deren negative Auswirkungen für unsere Stadt.

6. Wir von Bündnis 90/Die Grünen sind weiterhin offen für Gespräche mit allen demokratischen Fraktionen. Wir hoffen, dass der aktuelle Kurs nur eine kurze Episode für unsere Stadt sein wird. Wir kooperieren mit allen, die zu einer konstruktiven Politik beitragen wollen.

7. Wir wollen in Porta Westfalica eine innovative, zukunftsorientierte Politik für die Herausforderungen der nächsten Jahre und keine rückwärtsgewandte Politik mit den politischen Mitteln von gestern. Wir wollen einen Aufbruch und keinen Stillstand! Wer das hier im Rat bzw. HFA auch will, kann voll auf uns zählen!

Porta Westfalica, 22.03.2021

Marc Weber

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Porta Westfalica